

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Giffey,
Liebe Vertreter*innen der Berliner Friedensorganisationen,
Liebe Gäste,

es ist eine besondere Ehre heute hier am Roten Rathaus in Berlin zu stehen und zu sehen wie die Mayors for Peace-Flagge gehisst wird. Ich möchte den Bürgermeister*innen weltweit danken: für ihr Engagement, ihr weltweites Netzwerk und ihr Bemühen auf städtischer Ebene für Frieden und gegen Atomwaffen einzutreten.

Um die Debatte zu Atomwaffen zu verändern und die Sicherheit eines jeden Einzelnen von uns in den Fokus zu rücken, setzt sich das internationale ICAN Netzwerk für den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ein.

Erst vor zwei Wochen durfte ich an der ersten Staatenkonferenz zu diesem Vertrag bei den Vereinten Nationen in Wien teilnehmen. Dort sprach auch der Bürgermeister von Nagasaki, der ebenfalls Vizepräsident der Mayors for Peace ist. Herr Tomihisa sagte:

Ich zitiere

“Zu diesem Zeitpunkt, wo die Gefahr eines weiteren Hiroshima und Nagasaki steigt, müssen wir zusammenkommen und unter dem Leitsatz der Hibakusha "Mach Nagasaki zum letzten Ort eines Atombombenabwurfs" weltweit Empathie aufbringen, um den Einsatz von Atomwaffen zu bekämpfen.” Zitat
Ende

Diesem Kampf der Hibakusha und der Bürgermeister Hiroshima und Nagasakis schließen wir uns als ICAN Deutschland gemeinsam mit vielen heute hier anwesenden Friedensorganisationen an - damit Nagasaki der letzte

Ort eines Atombombenabwurfs bleibt. Jede Organisation mit ihren Mitteln, Schwerpunkten und Erfahrungen.

Aber uns alle eint, auch mit der Stadt Berlin, ein Ziel: Atomwaffen abzuschaffen und Impulse zu geben, damit das neue nukleare Wettrüsten nicht weiter eskaliert. Denn das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI warnt aktuell vor einem neuen nuklearen Wettrüsten. Forschung von ICAN verdeutlicht die gestiegenen Investitionen in Atomwaffensysteme. Auch die Bundesregierung reiht sich mit der geplanten, milliarden schweren Anschaffung der F-35-Kampffjets für die nukleare Teilhabe in dieses neue nukleare Wettrüsten ein.

Deshalb ist es so wichtig, dass Berlin als Stadt und als Land bereits 2019 den ICAN-Städteappell unterzeichnet hat. Es fordert damit die Bundesregierung auf dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und sich für das Thema nukleare Abrüstung zu engagieren.

Ich bin froh in einer Hauptstadt zu leben, die für nukleare Abrüstung eintritt. Denn am Ende sind es Städte und deren Bevölkerung, wir hier alle, die unter Kriegen und im Ernstfall einem Einsatz von Nuklearwaffen leiden. Und es ist nicht nur das undenkbar Leid, das ein tatsächlicher Atomwaffeneinsatz bringen würde. Auch der Krieg in der Ukraine und die nuklearen Drohungen von Präsident Putin verunsichern uns. Sie ängstigen uns.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine und den nuklearen Drohungen höre ich in meinem Freundeskreis das erste Mal Fragen wie: "Was wäre, wenn....?" "Wo würden wir hingehen?" "Was würden wir mitnehmen?" Wir sollten die letzte Generation sein, die sich diese Fragen stellt.

Niemand braucht diese zusätzliche Angst in einer Welt, die sich sowieso gerade neu ordnet. Einer Welt, in der wir mit der Bewältigung der Klimakrise

und ganz alltäglichen Herausforderungen beschäftigt sind. Müssen wir uns da auch noch Gedanken um den Einsatz von Atomwaffen machen?

Nein. Wenn der politische Wille da wäre, könnten wir Atomwaffen abschaffen!

Deshalb ist die Rolle Deutschlands in der internationalen Atomwaffenpolitik so entscheidend. Die Bundesregierung hat an der ersten Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags vor beobachtend teilgenommen. Das ist ein erster wichtiger Schritt zur Auseinandersetzung mit den humanitären Impulsen, mit den Staaten und mit den Akteur*innen, die Atomwaffen schon jetzt ächten.

Trotzdem: Momentan hält die Bundesregierung an der nuklearen Teilhabe der NATO fest und stationiert US-Atomwaffen in Büchel. Damit billigt sie auch das Leid der Menschen und die Umweltzerstörung, die schon vor Jahrzehnten durch Atomwaffentests- und Einsätze begangen wurden. Das muss sich ändern!

Damit eine Welt frei von Atomwaffen Wirklichkeit wird, setzen sich die friedenspolitisch engagierten Organisationen und Menschen in Berlin weiterhin dafür einsetzen, dass:

1. Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft und die US-Atomwaffen abziehen lässt. Ganz Deutschland könnte so eine atomwaffenfreie Zone werden und sich der weltweiten Bewegung gegen diese Massenvernichtungswaffen anschließen
2. sich Deutschland innerhalb der NATO und der EU für Abrüstung, Diplomatie und Konfliktprävention einsetzt. Ein wichtiges Ziel in diesen Bemühungen könnte das Erreichen einer klaren "No first use"- Strategie der Atomwaffenstaaten und der NATO sein

3. das die aktuelle Bundesregierung sich an der Kompensation für bereits entstandenes Leid der Betroffenen von Atomwaffentests- und Einsätzen beteiligt
4. Die Friedensorganisationen werden weiterhin fordern, dass das kürzlich im Bundestag verabschiedete Sondervermögen ebenfalls für Aufklärung, Konfliktprävention und humanitäre Hilfe genutzt wird. Hier hoffen wir auf die Unterstützung der Mayors for Peace und auch deren Eigeninitiative auf kommunaler Ebene. Konkret bedeutet das für Berlin: Ein Informationsprogramm über die humanitären Folgen eines Krieges mit Atomwaffen und den Risiken der nuklearen Abschreckung.
5. außerdem muss jede Drohung mit Atomwaffen scharf verurteilt werden - denn sie richtet sich am Ende immer gegen Städte - und das Leben, dass diese Städte ausmacht. Unser Leben.

Vielen Dank.